



An die Medien

Mitteilung an die Medien anlässlich des Abschlusses des Leitbildprozesses des Landes Hessen für ein Integriertes Wasserressourcenmanagement und anlässlich der anstehenden Landtagswahlen

Datum 24.10.2018

Ihr Schreiben
Ihr Aktenzeichen

SGV Geschäftsstelle
Goethestr. 4
63679 Schotten
Tel. 0170/2037091
info@sgv-ev.de
www.sgv-ev.de

**SGV fordert mehr Handeln und weniger Schwätzen
Leitbild Wasserversorgung Rhein-Main dringend mit
Sofortmaßnahmen umsetzen – nicht auf weitere zähe Verhandlungen
warten**

Vorsitzende
Cécile Hahn

2. Vorsitzender
Heiko Stock

Schriftführer
Walter Pfeifer

Schatzmeister
Peter Weiß

Beisitzer
Gabriele Geiß
Gudrun Huber-Kreuzer
Matthias Kalkhof
Beate Werm

Kann man dem Papier, auf dem das Konzept für ein 'Integriertes Wassermanagement Rhein-Main' steht, glauben? Darf man den Versprechungen der Frankfurter Politik, die für die künftige Versorgung angeblich mehr gebietseigenes Betriebswasser nutzen will, trauen? Wird das Umweltministerium wirklich die Initiative ergreifen, um das antiquierte Fernwassersystem zu reformieren? Diese Fragen stehen in den nächsten Wochen im Mittelpunkt der Diskussion um eine zukunftsfähige Wasserversorgung Rhein-Main. Dann wird sich weisen, ob die intensive Arbeit der letzten beiden Jahre, in denen ein Leitbild für eine zukunftsfähige Wasserpolitik entwickelt wurde, erfolgreich war. Und ob Kommunen, Behörden und Wasserversorger endlich begreifen, wie dringend es angesichts des Klimawandels ist, die erarbeiteten Konzepte sehr zügig in die Praxis umzusetzen. Und ob sie den Mut haben werden, dies auch schnellstens zu tun.

Die Schutzgemeinschaft Vogelsberg e.V. (SGV) ist, zumindest was das hessische Umweltministerium angeht, diesbezüglich vorsichtig optimistisch. Denn mit dem jetzt vom Ministerium verschriftlichten Leitbild wurde ein wichtiger Schritt hin zur Vereinbarkeit von sicherer Wasserversorgung, Wasserschutz und Naturschutz gemacht. Dabei steht auch das systematische Reduzieren der Grundwassergewinnung in Vogelsberg, Burgwald und Ried auf dem Programm. Mehr noch: Mit dem Leitbildprozess hat das Ministerium die Gestaltung der Wasserpolitik wieder an sich gezogen und überlässt es nicht länger den großen Wasserunternehmen, die Wasserwirtschaft an ihren Vorstellungen auszurichten. Damit wird auch einer künftigen Privatisierung der Wasserversorgung und der Geschäftemacherei mit dem Wasser ein Riegel vorgeschoben.

Oder besser: würde. Denn noch ist das eigentliche Leitbild nicht veröffentlicht, und die für die Umsetzung einberufene Steuerungsgruppe aus Land und Kommunen wird wohl noch lange hinter verschlossenen Türen tagen. Dafür wird erfahrungsgemäß die Verzögerungstaktik der Wasserversorger schon sorgen. In der Zwischenzeit aber werden im Ballungsraum und in den Fernwassergewinnungsgebieten munter Fakten geschaffen, die das Leitbild unterlaufen. Die rege Bautätigkeit treibt den Trinkwasserverbrauch genauso nach oben wie die Kampagnen der Wasserversorger gegen das Wassersparen oder die Mengenrabatte der Mainova für Wassergroßverbraucher. Und die neueren Genehmigungen für Grundwasserentnahmen sind nicht wirklich ökologisch ausgerichtet. Deshalb muss dort, wo möglich, jetzt schnell gehandelt und weniger verhandelt werden.

Als Sofortmaßnahmen müssen die Städte des Rhein-Main-Gebietes, vorneweg Frankfurt, endlich die Trinkwasserverschwendung in Toiletten, Swimmingpools, Gärten oder Park- und Sportanlagen unterbinden, während das Land umgehend ein Förderprogramm für entsprechende Maßnahmen auf den Weg bringen muss. Es liegt in der Verantwortung der Verbrauchskommunen, für alle Neubauten ein separates Betriebswassernetz als Voraussetzung für Baugenehmigungen vorzuschreiben. Bei einem Installationspreis von unter 20 Euro pro Meter Leitung ist dies wirtschaftlich kein Problem. Mit einer solchen Entlastung des Trinkwassernetzes können die Wasserversorgung sicherer gemacht, die Lastspitzen entschärft, das immer stärker gefährdete Grundwasser geschont und der Wasserpreis für Verbraucher gesenkt werden. Da die Kommunen mit solchen Maßnahmen offensichtlich überfordert sind, muss das Land hier mit einem Anschub-Programm helfen. Dieses muss auch die Kommunen unterstützen, deren Wasserversorgung durch den Klimawandel zunehmend in Schwierigkeiten gerät. Auch andere, sinnvolle Sofortmaßnahmen zur Klimaanpassung können zeitnah umgesetzt werden.

Und das schnell. Die bisher von einigen Wasserwirtschaftlern belächelten Prognosen der SGV, dass die Grundwasserneubildung z.B. im Vogelsberg schneller abnehmen wird als befürchtet, bewahrheiten sich zunehmend. Gleiches gilt für den steigenden Verbrauch, der in Hitzeperioden immer neue Höchstwerte erreicht. Die Wetterextreme der letzten Jahrzehnte sollten endlich als ernst zu nehmende Warnzeichen realisiert werden, dass sich die Wasserverfügbarkeit verändern wird. Jetzt muss die Politik in den Verbrauchsgebieten und auf Landesebene vorausschauend handeln, um nicht später mit Notstandsverordnungen agieren zu müssen. Die vollmundigen Ankündigungen in den Wahlprogrammen oder Leitbilder reichen allerdings nicht aus, die künftigen Probleme zu lösen. Die als wirksam bekannten Maßnahmen sind jetzt umzusetzen. Ein weiteres Abwarten wäre völlig fehl am Platz.